

Mehrjahresplanung ab 2024 «Informatikprogramm»; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2024 (Investitionsrechnung)

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 26. September 2023, RRB Nr. 2023/1557

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Finanzieller Planungsprozess.....	5
2. Ausgangslage.....	6
3. Rechenschaftsbericht über bewilligte Verpflichtungskredite	7
3.1 Grossprojekte.....	7
3.1.1 eBauSO.....	7
3.1.2 Submission Einführung Gerichtslösung	7
3.1.3 Ablösung RT-Time / Spesenworkflow.....	8
3.1.4 Refactoring NEST und Einführung NEST.Objekt.....	9
3.1.5 Modernisierung Arbeitsplätze.....	10
3.1.6 Ratsinformationssystem Kantonsrat.....	10
3.2 Kleinprojekte	10
3.2.1 Wichtigste Schwerpunkte im 2024 sind:.....	10
3.2.2 Wichtigste abgeschlossene Kleinprojekte im 2023 sind:	11
4. Schwerpunkte der Mehrjahresplanung 2024	11
4.1 Schwerpunkte Grossprojekte.....	11
4.2 Kleinprojekte mit Beginn 2024.....	11
5. Entwicklung der geplanten Gesamtinvestitionen (Investitionsportfolio).....	12
6. Rechtliches	12
7. Antrag.....	13
8. Beschlussesentwurf.....	15

Kurzfassung

Investitionen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie werden, gestützt auf § 56 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoVG; BGS 115.1), im Rahmen einer rollenden Vierjahresplanung dargestellt. Diese Mehrjahresplanung gibt detailliert Auskunft über den Bearbeitungsstand der Grossprojekte und orientiert schwerpunktmässig über die Kleinprojekte. Mit dieser Vorlage wird der erforderliche Verpflichtungskredit für die Kleinprojekte ab 2024 zur Beschlussfassung unterbreitet.

Das Informatikprogramm wird jährlich zusammen mit den Informatikverantwortlichen der Dienststellen durch das «Operative Führungsgremium Digitale Transformation und IKT» (ODI), in welchem alle Departemente, die Staatskanzlei und die Gerichte vertreten sind, erarbeitet. Das Gremium ODI ist die Nachfolgeorganisation der Informatikgruppe Verwaltung (IGV). Diese wurde per Ende 2022 aufgelöst.

Mit der vorliegenden Botschaft unterbreiten wir dem Kantonsrat die Mehrjahresplanung «Informatikprogramm» zur Kenntnisnahme sowie den Verpflichtungskredit für Kleinprojekte mit Beginn 2024 im Umfang von 9,0 Mio. Franken zur Beschlussfassung.

Im Vorjahr belief sich der Verpflichtungskredit für Kleinprojekte mit Beginn 2023 auf 10,0 Mio. Franken.

Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird über den Bearbeitungsstand folgender Grossprojekte orientiert:

- Einführung eBauSO;
- Submission / Einführung Gerichtslösung;
- Ablösung RT-Time / Spesenworkflow;
- Refactoring NEST / NEST.Objekt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über die Mehrjahresplanung ab 2024 «Informatikprogramm», den Rechenschaftsbericht über die abgeschlossenen bzw. noch laufenden Projekte sowie den Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2024 zum Beschluss.

1. Finanzieller Planungsprozess

Die technische Verantwortung, d.h. die Wahrnehmung der professionellen Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), liegt grundsätzlich beim Amt für Informatik und Organisation (AIO). Das AIO ist die zentrale Anlaufstelle für alle Informatikbelange und verantwortlich für den Unterhalt, Ausbau und Betrieb der zentralen und/oder übergreifenden Informations- und Kommunikationssysteme (Basisdienstleistungen). In allen Fragen der IKT unterstützt das AIO die Dienststellen. Informatik-Dienstleistungen und Beschaffungen sind grundsätzlich über das AIO zu beziehen und zu finanzieren. Die rechtlich-selbstständigen Dienststellen Ausgleichskasse (AKSO), Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), Interkantonales Feuerwehr-Ausbildungszentrum (ifa Balsthal), IV-Stelle Solothurn, Solothurnische Gebäudeversicherung (SGV) und Solothurner Spitäler (soH) unterhalten je eine eigene Informatikabteilung, welche für die dienststellenspezifischen Informatik-Bedürfnisse verantwortlich sind. Eigene Informatikabteilungen haben ebenfalls die Dienststellen Motorfahrzeugkontrolle (MFK), Gerichte, Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und Amt für Geoinformation (verantwortlich für das Erfassen, Erarbeiten, Organisieren, Analysieren und Präsentieren von raumbezogenen Daten) sowie die Polizei Kanton Solothurn.

Neben den Basisdienstleistungen nimmt das AIO auch Koordinationsdienstleistungen wahr. Dazu gehören: Evaluation von strategischen Produkten, Marktabklärungen, Durchführen von Awareness Kampagnen, Beobachtung der technologischen Weiterentwicklungen, laufende Einschätzung der Risiken in der Informationssicherheit, Projekt-Budgetierung und Kostenkontrolle des Projektportfolios, Mitarbeit in Kommissionen und Gremien (u.a. Einsitz in der Schweizerischen Informatikkonferenz SIK, in der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS), im Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC), dem Branchenverband swissICT, Einsitz im Verein iGov.ch und weiteren interkantonalen Fachausschüssen). Angeboten werden auch Informatik-Ausbildung und Informationsveranstaltungen für die Mitarbeitenden und das Kader.

Die Mehrjahresplanung «Informatikprogramm» wird jährlich zusammen mit den Informatikverantwortlichen der Dienststellen durch das ODI erarbeitet. Neue Anwendungen und Anpassungen mit Projektcharakter werden über die Formulare Projektanmeldung und Aufwandschätzung angestossen. Die Projektanmeldung mit Aufwandschätzung schafft eine definierte Ausgangslage, um stufengerecht über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Jeweils im ersten Quartal erstellen die Mitglieder des ODI zusammen mit den Informatikverantwortlichen der Dienststellen eine Übersicht der geplanten Investitionen und des Bedarfs an Informatikmitteln. Die Projekte werden vom ODI-Vertreter des entsprechenden Departements mittels Projektanmeldung angemeldet und ins IKT-Investitionsportfolio aufgenommen. Die Finanzierung der IKT-Projekte wird über die Mehrjahresplanung Informatik sichergestellt. Nach Erstellung des Investitionsportfolios bedingen unvorhergesehene oder nicht budgetierte Projekte eine Umpriorisierung mit Anpassung der Ressourcen im IKT-Projektportfolio.

Beim frühen Planungsbeginn im Frühjahr ist der notwendige Detaillierungsgrad der geplanten Projekte noch nicht vollständig vorhanden. Im ersten Quartal werden nach wie vor die Projektanmeldungen mit einer Aufwandschätzung eingereicht und auf der Grundlage des eingereichten Investitionsvolumens ein Verpflichtungskredit beantragt. Das endgültige Investitionsprogramm wird nicht mit der Mehrjahresplanung erstellt, sondern durch das ODI festgelegt. Die neu auf 2023 eingeführten Prozesse helfen die Qualität, Strategiekonformität aber auch die

Synchronisation mit der Digitalen Transformation sicherzustellen. Im Gegensatz zu früheren Jahren erfolgt mit der Aufnahme ins Investitionsportfolio noch keine definitive Freigabe für die Realisierung bzw. Aufnahme ins IKT-Projektportfolio. Die Dienststellen stellen über den jeweiligen ODI Vertreter den Vorhabensantrag «Projekt Eingabe ODI». Im ODI werden dann die entsprechenden Phasen freigegeben. Davon ausgenommen sind die klar definierten Projekte im Rahmen des Lifecycles der zentralen Plattformen des AIO.

Die Eingabe aller Projektanmeldungen (inkl. der laufenden Projekte) ergibt einen Investitionsbedarf für 2024 von rund 14,0 Mio. Franken und übersteigt damit die zur Verfügung stehenden Mittel. Mit Hilfe der rollenden Planung wird bis anfangs November das definitive IKT-Projektportfolio erstellt. Massgebend sind die vorgegebenen 11,0 Mio. Franken.

Zukünftig wird mit höheren Ausgaben zu rechnen sein. Die tieferen Investitionen im 2024 haben mit der Digitalen Transformation zu tun. Die Jahre 2023 und 2024 werden u.a. als Planungs bzw. Übergangsjahre bezeichnet. Bis 2024 sollen die Prozesse und Services erhoben sowie die notwendigen organisatorischen und personellen Anpassungen umgesetzt sein. Ebenso soll der Umbau der bestehenden IKT-Architektur zu einem grossen Teil abgeschlossen sein. Im Weiteren ist der neue Arbeitsplatz SO!Work in der kantonalen Verwaltung eingeführt.

Die zukünftige Erhöhung wurde auch in der Vorlage «Umsetzung Digitalisierungsstrategie Impulsprogramm SO!Digital 2023 – 2025» erwähnt. Der Investitionsbedarf zukünftiger Projekte der digitalen Transformation seitens des Kompetenzzentrums Digitale Verwaltung (CCDV) werden ab Voranschlag 2024, spätestens ab Voranschlag 2025, in die Mehrjahresplanung vom AIO einfließen.

2. Ausgangslage

Informatikprojekte werden gestützt auf § 56 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G; BGS 115.1) mittels einer rollenden Mehrjahresplanung (MJP) zum Beschluss unterbreitet. Mit dem Mehrjahresplan wird Rechenschaft abgelegt über den Bearbeitungsstand der Grossprojekte sowie schwerpunktmässig der Kleinprojekte. Im Weiteren wird ein Verpflichtungskredit für Kleinprojekte mit Beginn 2024 beantragt.

Die aufgeführte technische Verantwortung sowie weitere Vollzugsaufgaben sind in der kantonalen IKT-Strategie 2021 – 2026 verankert. Im Mai 2021 hat der Regierungsrat zudem der Digitalisierungsstrategie zugestimmt. Weiter erfolgte die Zustimmung zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie «Impulsprogramm SO!Digital 2023 – 2025 (SGB 0192/2022 vom 5. März 2023)». Das AIO in seiner Rolle als kantonaler Leistungserbringer muss die geforderten Informatik-Services erbringen können, damit die Dienststellen ihre Digitalisierungs- und Transformationsprojekte angehen und umsetzen können. Die digitale Transformation geht weit über die Aufgaben der Informatik hinaus und betrifft unmittelbar auch die Geschäftsprozesse der Verwaltung sowie das Change-Management (Umsetzung ausgewählter Massnahmen, um Abteilungen oder die gesamte Organisation tiefgreifend zu verändern und von einem Ausgangszustand zu einem definierten Zielzustand zu bewegen).

Die enge Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Gremien ist ein wichtiger Faktor für nachhaltige Lösungen. Entsprechend ist das AIO auch in den beiden kantonalen Governance-Organen vertreten. Zum einen ist es das Strategische Führungsgremium Digitale Transformation und IKT (SDI) sowie das Operative Führungsgremium Digitale Transformation und IKT (ODI).

3. Rechenschaftsbericht über bewilligte Verpflichtungskredite

3.1 Grossprojekte

Grossprojekte	Tausend Schweizer Franken	Bewilligter Kredit	Stand 31.12.23	VA24	Plan25	Plan26	Plan27
eBauSO	Ausgaben	2'000	660	1'000	340	0	0
5854	Einnahmen	0	0	0	0	0	0
Start: 2021 Ende: 2025	Nettoinvest.	2'000	660	1'000	340	0	0
Submission / Einf. Gerichtslösung	Ausgaben	2'500	239	250	1'511	500	0
5666	Einnahmen	0	0	0	0	0	0
Start: 2018 Ende: 2027	Nettoinvest.	2'500	239	250	1'511	500	0
Ablösung RT-Time / Spesenworkflow	Ausgaben	2'500	53	500	1'947	0	0
5712	Einnahmen	0	0	0	0	0	0
Start: 2021 Ende: 2025	Nettoinvest.	2'500	53	500	1'947	0	0
Refactoring NEST / Nest.Objekt	Ausgaben	3'102	1'400	1'100	602	0	0
5856	Einnahmen	0	0	0	0	0	0
KRB 15.12.2021 Start: 2021 Ende: 2025	Nettoinvest.	3'102	1'400	1'100	602	0	0

Jahrestranche Grossprojekte	Tausend Schweizer Franken	Bewilligter Kredit	Stand 31.12.23	VA24	Plan25	Plan26	Plan27
	Ausgaben	10'102	2'352	2'850	4'400	500	0
	Einnahmen	0	0	0	0	0	0
	Nettoinvest.	10'102	2'352	2'850	4'400	500	0

3.1.1 eBauSO

Das Projekt «eBauSO» bezweckt die Einführung eines elektronischen Baugesuchverfahrens über alle Stufen (Gemeinden und Kanton). Das Baugesuchverfahren ist grundsätzlich Sache der Gemeinden.

Die wichtigsten Meilensteine sind:

2021	Durchführung Projekt KickOff
2022	Projektauftrag erstellt, Submission «Gesamtprojektleiter eBauSO» auf Simap, Vergabeentscheid; Ausarbeitung B+E für den notwendigen Verpflichtungskredit
2023	Abschluss Phase Konzept und Start Phase Realisierung Zuschlag an den Integrator (GATT/WTO Submission) Antrag an den Kantonsrat für den notwendigen Verpflichtungskredit
2024	Abschluss Phase Einführung
2025	Vorgesehener Projektabschluss

3.1.2 Submission Einführung Gerichtslösung

Die Gerichtsinformatik basiert auf der Anwendung JURIS. Es handelt sich um eine Konzernanwendung, welche von allen Gerichten, der Staatsanwaltschaft, der Jugendanwaltschaft, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewährungshilfe und Amt für Gemeinden genutzt wird. Die heute genutzte JURIS-Lösung wurde 2010 in Betrieb genommen und laufend aktualisiert. Der aktuell installierte Release ist JURIS 4.

Die wichtigsten Meilensteine sind:

2018	Vorstudie
2019	Erarbeitung Lastenheft und Prozessbeschreibungen
2021	Laufende Marktbeobachtung in der DACH-Region (Deutschland, Österreich, Schweiz); gemeinsames Vorhaben der Schweizer Gerichte mit den Straf- und Justizvollzugsbehörden
2021	Lastenheft, Prozessbeschreibungen erstellt
2024	Voraussichtliche GATT/WTO Submission; Ausarbeitung B+E für den notwendigen Verpflichtungskredit

2025	Voraussichtliche Integration der Lösung in den Rechenzentren der Verwaltung
2026	Voraussichtliche Umstellung der involvierten Dienststellen auf die neue Lösung
2027	Voraussichtlicher Projektabschluss

Der bis Ende 2019 vorgesehene Terminplan konnte nicht umgesetzt und musste durch den Projektausschuss überarbeitet werden. Im CH-Markt gibt es Hersteller von Lösungen für die Rechtsorgane. Vertiefte Abklärungen zeigten, dass bei einer Submission vor 2022 mit keinem oder allenfalls nur Teilangeboten zu rechnen ist. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Beim Lieferanten der heute eingesetzten Fachanwendung JURIS (Abraxas Informatik AG) wird nicht vor 2025 mit der neuen Lösung zu rechnen sein. Ursprünglich war der Zeitpunkt dafür im Jahr 2016. Dieser wurde durch Abraxas immer wieder verschoben. Als Konsequenz dieser nicht erfreulichen Marktsituation muss der Zeitplan so angepasst werden, dass die durchzuführende GATT/WTO Submission neu im Zeitraum 2023 – 2024 durchgeführt werden soll. Stand heute ist die Terminplanung nicht verbindlich. Der Markt für Fachanwendungen im Gerichts- und Justizumfeld hat sich leider nicht wesentlich verändert. Seit Jahren kämpft die Firma Abraxas (Lieferant der heutigen Lösung) mit verbindlichen Lieferterminen.

Die Gerichtsverwaltung ist im Weiteren mit Justitia 4.0 sehr gefordert. Das Projekt Justitia 4.0 verfolgt im Auftrag der Justizdirektorinnen und -direktoren und der Justizkonferenz die Digitalisierung der Schweizer Justiz. Die Anwaltschaft ist ebenfalls am Projekt beteiligt. Ziel des Projektes ist es, die heutigen Papierakten durch elektronische Dossiers zu ersetzen. Der Rechtsverkehr zwischen den verschiedenen Verfahrensbeteiligten und die Akteneinsicht sollen künftig in allen Verfahrensabschnitten des Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsverfahrens elektronisch über die zentrale Justizplattform «Justitia.Swiss» erfolgen. Der aktuelle Masterplan von Justitia 4 sieht ab 2025 die Einführung der Plattform Justitia.Swiss, der eJustizakte JAA und der Transformation vor. Mit dieser Ausgangslage wird der Druck auf Juris bzw. auf die Firma Abraxas stark zunehmen. Entsprechenden Schnittstellen müssen zur Verfügung gestellt werden. Die Gerichtsverwaltung ist an der Erarbeitung eines Dokumentes in welchem die Einflüsse von Justitia 4 auf Juris aber auch die Abhängigkeit und Perspektiven von der Fachanwendung Juris aufgezeigt werden sollen.

3.1.3 Ablösung RT-Time / Spesenworkflow

Das Personalamt Solothurn unterstützt als zentrales Dienstleistungsamt die gesamte Verwaltung in der Personalbeschaffung, Personalführung und Personalentwicklung. Zu diesem Aufgabenbereich gehört auch die Bereitstellung einer Leistungsrapportierung sowie einer Zeitwirtschafts- und Spesenlösung. In der kantonalen Verwaltung erfassen ca. 3'100 Mitarbeitende in 51 Dienststellen die Arbeitszeit in einem Zeiterfassungssystem. Teilweise werden auch Excel-Listen für die Zeiterfassung eingesetzt. Lohnzulagen und Lohnabzüge wie z.B. Spesen, Pikettenschädigungen und Privatverbrauch werden manuell und teilautomatisiert mit der sogenannten Abzugs- und Zulagenmeldung in Excel bzw. mittels Papiers verarbeitet.

Die wichtigsten Meilensteine sind:

2020	HERMES-Phase Initialisierung; Ausarbeiten Studie «Ablösung der bestehenden Zeit- und Leistungsrapportierung RT-Time» und Einführung «Spesen-Workflow»
2021	Erstellung der Unterlagen für die GATT/WTO Submission; Zuschlagsentscheid Regierungsrat; Ausarbeitung B+E für den notwendigen Verpflichtungskredit; Vertragsverhandlungen abgeschlossen; Integration der Lösung in den Rechenzentren; Einführung in den Dienststellen
2022	
2023	Neuausschreibung im offenen Verfahren ist im April 2023 erfolgt
2024	Zuschlag erteilt; allfälliger B+E für den Verpflichtungskredit erstellt
2025	Einführungen und Ablösungen Altsysteme
2025	Vorgesehener formeller Projektabschluss

Die am 1. Oktober 2021 veröffentlichte GATT/WTO Submission musste am 16. September 2022, noch vor Bekanntgabe des Zuschlags abgebrochen werden. Es sind zwar Angebote eingegangen, die jedoch aus Projektrisikosicht kritisch beurteilt werden mussten. Das Personalamt hat dann nach verschiedenen Abklärungen beschlossen, neu auszuschreiben.

Für die Neuausschreibung wurden folgende Ziele verfolgt:

- Die Ausschreibungsstrategie, ggf. mit Losen ist derart gewählt, dass eine optimale Vielfalt an Lösungsoptionen identifiziert werden kann.
- Die Zielarchitektur ist derart gestaltet, dass die Anforderungen an Kosteneffizienz im Betrieb und Benutzerfreundlichkeit der Lösung gewährleistet sind.
- Die funktionalen Anforderungen sind den neuen Gegebenheiten und auch im Sinne einer Win-Win Partnerschaft mit potenziellen Partnern angepasst.

3.1.4 Refactoring NEST und Einführung NEST.Objekt

Der Kanton Solothurn hat am 1. Januar 2020 mit der Einführung der Fachanwendung NEST die alte Steuerlösung INES abgelöst. Die Steuerlösung NEST ist ein Standardprodukt, das in den 1990er Jahren entwickelt wurde und unterdessen von 14 Kantonen eingesetzt wird. Es handelt sich um eine vollintegrierte Lösung, die sämtliche Prozesse der Steuererhebung von der Registerführung über die Veranlagung bis hin zum Steuerbezug abbildet. Auch die Steuerbuchhaltung sowie zahlreiche Schnittstellen zu den Umsystemen sind in NEST integriert. Bereits vor der Beschaffung von NEST durch den Kanton Solothurn hat die Lieferantin begonnen, im Rahmen des Entwicklungsprojekts «Refactoring NEST», die komplette Basisarchitektur von NEST zu erneuern und zu standardisieren. Die modernisierte Applikation wird so zukunftsfähig gemacht. Die neue Architektur erlaubt eine Optimierung der Entwicklungs- und Wartungskosten, stellt die Anbindung an andere Systeme sicher, steigert die Produktivität durch Einführung von Modellen der künstlichen Intelligenz, erhöht die Anwenderfreundlichkeit und sichert die Anpassungsfähigkeit des Systems an künftige Gesetzesänderungen im Steuerbereich.

Teil der vollintegrierten Steuerlösung NEST ist auch die Objektbewertung. Der Kanton Solothurn muss die Fachanwendung KASO für die Festsetzung der Steuerwerte von Liegenschaften (Katasterwerte) ablösen. KASO erreicht das Ende des Lebenszyklus 2023/2024. Bereits mit der Einführung von NEST im Projekt SOTAXX wurden Module, die für die Objektbewertung notwendig sind, eingeführt. Bei der Ablösung von KASO handelt es sich deshalb um eine Erweiterung von NEST auf die Katasterwerte. Diese Module werden unter NEST.Objekt zusammengefasst.

Die wichtigsten Meilensteine sind:

2021	Ausarbeitung B+E für den Verpflichtungskredit; Zustimmung zum Verpflichtungskredit mit SGB 0193/2021 am 15. Dezember 2021 im Kantonsrat
2022 2023	Phase Realisierung und Phase Einführung Projekt Refactoring NEST
2024	Einführung Refactoring NEST auf den 1. Januar 2024; vorgesehener Projektabschluss Refactoring NEST am 30. Juni 2024
2025	Vorgesehene Einführung NEST.Objekt

3.1.5 Modernisierung Arbeitsplätze

- Das Grossprojekt wird im Verlaufe vom 2023 abgeschlossen. An die 1'300 Arbeitsplätze konnten mit Notebooks ausgerüstet werden. Der entsprechende Verpflichtungskredit in der Höhe von 1,6 Mio. Franken wird nicht vollständig beansprucht.

3.1.6 Ratsinformationssystem Kantonsrat

- Aufgrund der in den Jahren 2022/23 durchgeführten GATT/WTO Submission ist klar, dass die Investitionskosten unter 1,0 Mio. Franken zu stehen kommen. Deshalb muss kein separater Verpflichtungskredit beim Kantonsrat angebeht werden. Die Investitionen sind in der Grössenordnung von 0,7 Mio. Franken. Das Projekt wird ab 2023 im Mehrjahresprogramm Informatik 2023 – 2026 als Kleinprojekt geführt.

3.2 Kleinprojekte

Tausend Schweizer Franken	Bewilligter Kredit	Stand 31.12.23	VA24	Plan25	Plan26	Plan27
Ausgaben			8'150	2'500	2'000	0
Einnahmen			0	0	0	0
Nettoinvest.			8'150	2'500	2'000	0

Gemäss RRB 2018/1480 vom 18. September 2018 (Änderung der Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV-Vo) werden Verpflichtungskredite für Kleinprojekte nicht mehr abgerechnet.

3.2.1 Wichtigste Schwerpunkte im 2024 sind:

- Lifecycle Management 2024 der zentralen Informatikplattformen sowie der Informations- und Telekommunikationsservices (IKT) in den kantonalen Rechenzentren
- Einführung des neuen Arbeitsplatzes SO!Workplace in den restlichen Dienststellen
- Ersatz der zentralen E-Mail-Verschlüsselungsinfrastrukturen
- Lifecycle Management der verschiedenen Fachanwendungen in den Dienststellen
- Einführung Ratsinformationssystem RIS für den Kantonsrat
- Einführung Kollaborations-Werkzeuge und Telefonie mit MS Teams. Im modernen Büroalltag spielt Teamarbeit eine wichtige Rolle. Dabei gilt vor allem eines: Je mehr Mitarbeitende gemeinsam an einem Projekt arbeiten, desto wichtiger ist eine gute Koordination und Kommunikation untereinander. Nur dann, wenn alle Aufgaben ideal verteilt sind und der Austausch funktioniert, kann auch das bestmögliche Ergebnis erzielt werden.
- Einführung einer Network Access Control (NAC) Lösung. NAC ist eine Technik, die unautorisierte Zugriffe ins kantonale Netzwerk verhindert. Mit NAC werden Endgeräte während der Authentifizierung auf Richtlinienkonformität geprüft.
- Integration der beiden Portale «Berufsbildungsportal» und «Schulnetz» in den Online-Schalter des Kantons Solothurn my.so.ch
- Umsetzen von Projekten aus dem Impulsprogramm SO!Digital 2023 – 2025

3.2.2 Wichtigste abgeschlossene Kleinprojekte im 2023 sind:

- Lifecycle Management 2023 der zentralen Informatikplattformen sowie der Informations- und Telekommunikationsservices (IKT) in den kantonalen Rechenzentren
- Weiterentwicklung der kantonalen Schulplattform KASCHUSO
- Ersatz der gesamten Biometrie-Infrastruktur im Migrationsamt (Bundesvorgabe)
- Ersatz der SAP HANA Datenbank Appliances (Verwaltung und Pensionskasse)
- Einrichtung Kundenservice Center im Steueramt
- Aufschalten der neuen Webseite «Arbeitgeber Marke Solothurn»
- Einführung einer neuen Lösung für die Krankheits- und Unfallmeldungen im Personalamt
- Einführung der bestehenden Wissensdatenbank-Anwendung im Steueramt und Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Einführung MS-Teams als Videokonferenzlösung
- Neuer Release iGovPortal (Erfassung Juristische Personen)
- Einführung der mobilen Sitzungsvorbereitung für den Regierungsrat
- Einführung eAmtsblatt

4. Schwerpunkte der Mehrjahresplanung 2024

4.1 Schwerpunkte Grossprojekte

- Einführung eBauSO
- Submission Einführung Gerichtslösung
- Ablösung RT-Time / Spesenworkflow
- Refactoring NEST und Einführung NEST.Objekt

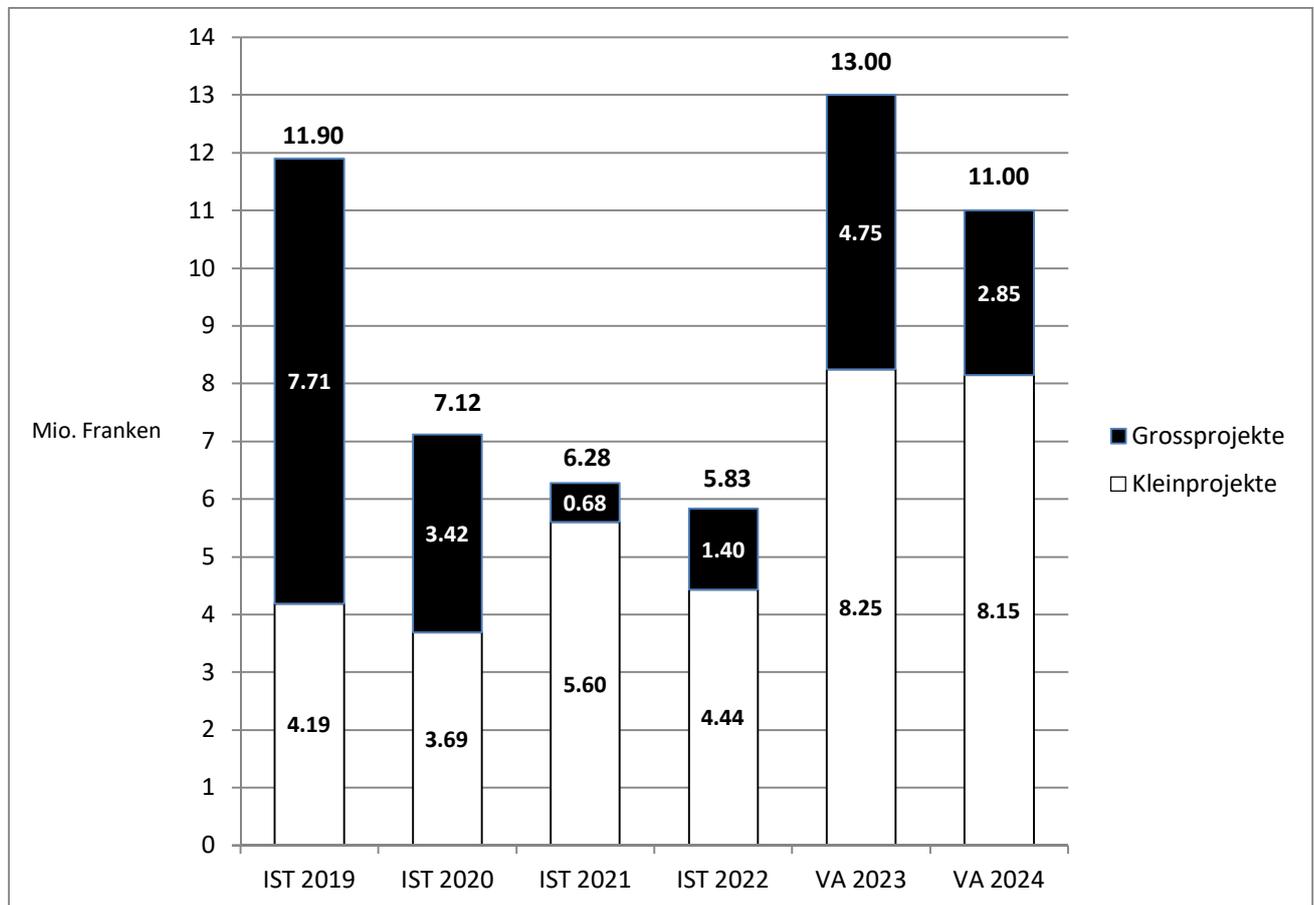
4.2 Kleinprojekte mit Beginn 2024

Tausend Schweizer Franken	Bewilligter Kredit	Stand 31.12.23	VA24	Plan25	Plan26	Plan27
Ausgaben	9'000		5'000	2'000	2'000	0
Einnahmen			0	0	0	0
Nettoinvest.			5'000	2'000	2'000	0

Gemäss RRB-Nr. 2018/1480 vom 18. September 2018 (Änderung der Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung WoV-Vo) werden Verpflichtungskredite für Kleinprojekte nicht mehr abgerechnet.

5. Entwicklung der geplanten Gesamtinvestitionen (Investitionsportfolio)

Die bewilligten Grossprojekte von 2,85 Mio. Franken sowie die Verpflichtungskredite für Kleinprojekte von 8,15 Mio. Franken ergeben ein Investitionsportfolio von 11,0 Mio. Franken im Jahr 2024.



6. Rechtliches

Der nachfolgende Beschluss untersteht als gebundene Ausgabe (Verpflichtungskredit) nicht dem fakultativen Referendum nach Artikel 36 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1, [Art. 37 Abs. 1 Buchst. c KV]).

7. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Brigit Wyss
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatschreiber

8. **Beschlussesentwurf**

Mehrjahresplanung ab 2024 «Informatikprogramm»; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2024 (Investitionsrechnung)

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, gestützt auf § 56 Absatz 1 Buchstabe a) des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)², nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 26. September 2023 (RRB Nr. 2023/1557), beschliesst:

1. Der Rechenschaftsbericht über die Projekte und die Mehrjahresplanung ab 2024 «Informatikprogramm» in der Investitionsrechnung werden zur Kenntnis genommen.
2. Für die Kleinprojekte ab 2024 wird in der Investitionsrechnung als Bruttovorgabe ein Verpflichtungskredit von 9,0 Mio. Franken beschlossen.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Informatik und Organisation
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Kantonale Finanzkontrolle
Operatives Führungsgremium Digitale Transformation und IKT ODI (2, Versand durch AIO)
Parlamentscontroller
Parlamentsdienste

¹ BGS 111.1

² BGS 115.1